

Zur Strompreisentwicklung in Deutschland

Dr. Lutz Niemann

„Werden die Strompreise infolge des Ausstieges aus der Kernkraftnutzung steigen?“ Diese Frage interessiert die Bürger, diese Frage wird von der Regierung mit Worten wie „nur 1 Euro im Monat“ beiseite geschoben. Das stimmt nicht, wie gezeigt werden soll.

Die Strompreisentwicklung der letzten Jahre zeigt folgendes Diagramm, die Daten stammen aus meiner Stromrechnung:



Der Anstieg seit 1998, dem Beginn der Regierung von Rot-Grün setzt sich zusammen aus:

2 ct/kWh Ökosteuer

3,53 ct/kWh EEG-Abgabe

> 2 ct/kWh für Netzkosten, back-up-Kraftwerke, Preiserhöhung fossiler Brennstoffe

> 2 ct/kWh zusätzliche MwSt auf Ökosteuer, EEG-Abgabe und alle Mehrkosten

Summe: 10 ct/kWh

Preisentwicklung bei fossilen Primärenergien zeigten in der Vergangenheit erhebliche Anstiege und bewirkten einen kleinen Anteil in der genannten Summe von 10 ct/kWh (der an dieser Stelle nicht beziffert werden kann):

	2003	2010	Zunahme
Importkohle	40,- €/t	85,- €/t	um 110%
Erdöl	30 US-\$/br	77 US-\$/br	um 255%
Erdgas			um > 100%

Welche Strompreisentwicklung kann für die Zukunft bis 2020 erwartet werden?

Die Bundesregierung möchte eine Verdopplung des derzeitigen Anteiles der Erneuerbaren auf 35% erreichen, das lässt noch einmal 3,5 ct/kWh der Umlage für EEG-Strom erwarten.

Der Ersatz des Grundlaststromes aus den jetzt abgeschalteten Kernkraftwerken kann nur durch Gas oder Kohle erfolgen, das ergibt eine Erhöhung des Anteiles vom Kernstrom um 2 ct/kWh (s. Beiträge von Prof. Alt).

Die neu zu bauenden Kraftwerke auf Basis Gas/Kohle erfordern Investitionen, die in die zukünftigen Preise einfließen.

Mit dem Abschalten der 7 Kernkraftwerke Mitte März 2011 sind die Terminmarktpreise an der Börse für Baseload-Strom um etwa 0,6 bis 0,8 ct/kWh angestiegen, die Terminmarktpreise für Peakload-Strom sind um 0,6 bis 1,2 ct/kWh angestiegen (s. www.bdew.de).

Der CO₂-freie Kernkraftstrom kann nur durch Strom von fossilen Kraftwerken ersetzt werden, für diesen Ersatz sind keine CO₂-Emissionsrechte vorhanden, die ab 2013 zu erwerben sind. Das ergibt eine Erhöhung um 1,5 ct/kWh bis 10 ct/kWh (Strafzahlung bei Überschreitung der gedeckelten CO₂-Menge, lt. Vortrag v. Prof. Sinn). Die Preise für CO₂-Emissionsrechte sind Mitte März 2011 um ca. 10% gestiegen.

Zusätzliche Netzkosten, Kosten für back-up-Kraftwerke, negative Preise für den ins Ausland fließenden überschüssigen Wind- und Solarstrom, steigende Preise für fossile Brennstoffe ergeben >2,3 ct/kWh.

19% Mehrwertsteuer auf alle aufgezählten Zusatzkosten.

In der Summe sind Strompreiserhöhungen von mindestens 10 ct/kWh zu erwarten, wahrscheinlich werden es eher 15 ct/kWh.

Allein eine Strompreiserhöhung von 10 ct/kWh – wie sie in den letzten gut 10 Jahren zu verkraften war – ergibt bei rund 500 Mrd. kWh Stromverbrauch in Deutschland eine Last für unsere Volkswirtschaft von rund 50 Mrd. EURO pro Jahr, also

Erhöhte Stromkosten von rund 50 Mrd. EURO pro Jahr.

Die gesetzliche Festschreibung der EEG-Subventionen auf 20 Jahre legt es nahe, die gesamte Last für unsere Volkswirtschaft ebenfalls auf 20 Jahre zu beziffern, es ergeben sich rund 1000 Mrd. EURO in 20 Jahren, also

Gesamte Kosten 1000 Mrd. EURO in 20 Jahren.

Der Stromverbrauch pro Bürger in Deutschland liegt bei ca. 6000 kWh pro Jahr, davon entfallen ca. 25% auf den privaten Verbrauch, die restlichen 75% sind erforderlich für alles Übrige wie Industrie, Handel, Gewerbe, Infrastruktur, medizinische Versorgung Es ergeben sich bei 10 ct/kWh zusätzliche 600 EURO pro Jahr, wovon rund 150 EURO pro Jahr auf die private Stromrechnung entfallen, also

Pro Bürger 600 EURO pro Jahr, davon 150 EURO im privaten Bereich.

Diese Zahlen sind erschreckend. Die Tatsache, dass unsere Regierung den im Energiekonzept vom Herbst 2010 beschriebenen Weg verstärkt beschreiten will, die unüberlegte Abschaltung unserer sicheren Kernkraftwerke, der zwangsläufig verstärkte Bezug von Kernkraftstrom unserer Nachbarn lässt zweifeln am Realitätssinn unserer Regierung.

Niemand kann in die Zukunft schauen, aber die Worte von allen deutschen Parteien ergeben keine rosigen Zukunftsaussichten. Der Bürger fragt sich:

- **Werden wir 2020 nach weiteren Abschaltungen noch Strom haben?**
- **Was wird der Strom in 2020 kosten?**
- **Wer wird 2020 noch seine Stromrechnung zahlen können?**
- **Wer wird sich 2020 im Winter noch eine geheizte Wohnung leisten können?**
- **Wer wird in 2020 noch einen Arbeitsplatz besitzen in einer Welt voller Konkurrenz?**

Die Kanzlerin und alle Parteien in Berlin sind aufgefordert, zu diesen Sachverhalten Stellung zu nehmen.